



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Christoph Erdmenger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommunalisierungsgrad und Einnahmeverteilung in Sachsen-Anhalt

Kleine Anfrage - KA 6/7244

Vorbemerkung des Fragestellenden:

Neben der Aufgabenaufteilung ist die Verteilung der in Sachsen-Anhalt verbleibenden Gesamteinnahmen zwischen dem Land und den Kommunen für die Beurteilung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) von zentraler Bedeutung.

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium der Finanzen

1. **Wie werden im Entwurf des Haushaltsplanes 2012/2013 die in Sachsen-Anhalt verbleibenden Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen zwischen dem Land und den Kommunen aufgeteilt, wenn die Finanzmassen den einzelnen Ebenen wie folgt zugerechnet werden:**
 - a) **Gesamteinnahmen netto des Landes:** verbleibende Finanzmasse aus Steuern (einschließlich der Kompensationszahlung Kraftfahrzeugsteuer) sowie dem Länderfinanzausgleich einschließlich Bundesergänzungszuweisungen, abzüglich der den Kommunen zufließenden Finanzausgleichsmasse im Kommunalen Finanzausgleich;
 - b) **Gesamteinnahmen Kommunen:** Steuern (Realsteuern abzüglich Gewerbesteuerumlage, Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie anderen Steuern) sowie den Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich?

Bitte um Angabe der absoluten Beträge sowie der Aufteilungsverhältnisse. Für den Fall, dass zu den kommunalen Einnahmen der Jahre 2012 und 2013 keine Plandaten vorliegen, wird um die Verwendung der Einnahme-

prognose 2011 gebeten, die im Gesetzentwurf (Drs. 6/448) zur Berechnung der Finanzausgleichsmasse 2013 herangezogen wurde.

Seit der Systemumstellung auf eine bedarfsorientierte Finanzausstattung der Kommunen ab dem Jahr 2010 werden die Einnahmen des Landes nicht mehr zwischen Kommunen und dem Land entsprechend einer Verbundquote aufgeteilt. Es hat aber auch nie eine „Verteilung“ im Sinne dieser Fragestellung stattgefunden.

Die nachfolgende Tabelle weist daher rein nachrichtlich die Einnahmen des Landes aus Steuern, Länderfinanzausgleich und an allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen sowie der Kompensationszahlung Kraftfahrzeugsteuer aus und stellt die voraussichtlichen kommunalen Einnahmen gem. der Steuerschätzung vom November 2011 und dem Gesetzentwurf zum FAG dar. Ein inhaltlicher Bezug zwischen beiden Betragsangaben besteht nicht.

Angaben in Mio. Euro

	2012	2013
Steuereinnahmen Land*	5.466	5.601
Einnahmen LFA, allg. BEZ*	763	799
SoBEZ (Solidarpakt II)*	1.142	1.030
Kompensation Kfz-Steuer*	232	232
Einnahmen der Kommunen aus Steuern**	1.322	1.371
Einnahmen der Kommunen nach FAG***	1.521	1.539

(*Stand: HPE 2012/2013)

(**Steuerschätzung November 2011)

(***Gesetzentwurf Drs. 6/448)

Die Einnahmeprognose zur Berechnung der Finanzausgleichsmasse 2013 beruht auf einer Hochrechnung, die anschließend in die Durchschnittsbetrachtung eines Dreijahreszeitraumes eingebunden wird. Sie wäre allein deshalb nicht aussagefähig im Sinne der vorstehenden Tabelle. Zudem gibt es eine Zeitverschiebung in der Weise, dass die Datengrundlage für die jeweils aktuelle Bemessung des Finanzbedarfs zwangsläufig auf den Statistiken zurückliegender Zeiträume aufbaut. Die Einnahmeprognose geht von Steuermindereinnahmen aus und erhöht damit den Finanzbedarf für das Finanzausgleichsjahr 2013.

2. Wie hat sich die Einnahmeverteilung aus Frage 1 von 1990 bis 2011 absolut und relativ entwickelt?

In den Jahren bis einschließlich 1994 wurde der Finanzbedarf der Kommunen über die damaligen Gemeindefinanzierungsgesetze in der Weise gedeckt, als die Verbundmasse als Pro-Kopf-Beträge auf die drei kommunalen Gruppen verteilt wurde. Die Verbundmasse wurde überwiegend aus dem Fonds Deutsche Einheit gespeist, der ab 1995 durch die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) abgelöst wurde. In das System des Länderfinanzausgleichs wurden die neuen Bundesländer erst mit dem Jahr 1995 einbezogen.

Einen Finanzausgleich im üblichen Sinne gab es noch nicht. Dieser wurde erst im Jahr 1995 eingeführt, als es möglich wurde, die Steuerkraft der Gemeinden anhand belastbarer Statistiken zu ermitteln. Daher wird auf Angaben für die Jahre vor 1995 verzichtet.

Die Gesamteinnahmen netto des Landes im Sinne der Fragestellung sind in der Anlage 1 ausgewiesen.

Die Gesamteinnahmen der Kommunen aus Steuern und Zuweisungen ergeben sich aus Anlage 2. Die Steuereinnahmen der Kommunen stehen in keinem unmittelbaren inhaltlichen Zusammenhang mit den Landeszuweisungen.

3. Wie stellt sich die Einnahmeverteilung aus Frage 1 in anderen Bundesländern dar? Wie beurteilt die Landesregierung die Angemessenheit des kommunalen Anteils an den Gesamteinnahmen Sachsen-Anhalts im bundesdeutschen Vergleich?

Die Mehrzahl der Länder bemisst die kommunalen Zuweisungen anhand einer Quote. Verbundquote und Zusammensetzung der Verbundgrundlagen variieren von Land zu Land. Da auch die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen von Land zu Land variiert und neben den quotalen Zuweisungen meist auch sachbezogene Zuweisungen gewährt werden, ist ein Ländervergleich nicht aussagekräftig. Derartige Vergleichsdaten liegen nicht vor und werden aus den genannten Gründen auch nicht erhoben. Eine Beurteilung ist deshalb nicht möglich.

4. Wie hoch ist der von der Landesregierung ermittelte kommunale Finanzbedarf insgesamt auf Basis der Berechnungsweise des jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetzes in folgenden Abgrenzungen:

- a) Finanzbedarf auf Basis der Ausgaben,
- b) Finanzbedarf auf Basis der Ausgaben abzüglich direkt zurechenbarer Einnahmen,
- c) Finanzbedarf auf Basis der Ausgaben abzüglich direkt zurechenbarer Einnahmen und allgemeiner Deckungsmittel?

Bitte um Angaben für die Jahre 2010, 2011, 2012 und 2013 jeweils für folgende Gebietskörperschaften: kreisfreie Städte, Landkreise, kreisangehörige Gemeinden sowie für die kommunale Ebene insgesamt.

Die Frage lässt sich nicht in der gewünschten Weise beantworten, denn die Bedarfsberechnung für den Finanzausgleich erfolgt als Durchschnittsbetrachtung eines vorangegangenen Dreijahreszeitraums, ergänzt um Prognosen (mit Ausnahme des Jahres 2012).

Für das Finanzausgleichsgesetz 2010/2011 dienten die Jahresrechnungsstatistiken der Jahre 2005 bis 2007 als Basis für die Bedarfsberechnung. Um den Finanzbedarf des Jahres 2010 zu bestimmen, wurde auf die sich aus der Basisberechnung ergebenden Einzelbedarfe gemäß Gliederung des FAG eine Prognoseberechnung für das Jahr 2008 aufgesetzt. Mit einer weiteren Prognose für das Jahr 2009 wurde der Finanzbedarf des Jahres 2011 bestimmt.

Im Rahmen der Fortschreibung des Finanzausgleichsgesetzes für 2012/2013 wurde versucht, den Bemessungszeitraum dem Finanzausgleichszeitraum zeitlich stärker anzunähern. Deshalb wurden die Jahresrechnungsstatistiken der Jahre 2008 und 2009 ergänzt um die Kassenstatistik 2010 als Basis für die Bedarfsbestimmung 2012 herangezogen. Damit konnte auf eine Prognose für das Jahr 2010 verzichtet werden. Um den Finanzbedarf des Jahres 2013 zu bestimmen, wurde auf die sich aus der Basisberechnung ergebenden Einzelbedarfe gemäß Gliederung des FAG eine Prognoseberechnung für das Jahr 2011 aufgesetzt.

Der Finanzbedarf des Finanzausgleichsjahres 2012 lässt sich in Anlehnung auf die Fragestellung nur für die Basisberechnung 2010 darstellen, beruht aber wie bereits erwähnt auf der Durchschnittsbetrachtung der Jahre 2008 bis 2010.

In Mio. Euro

FAG 2012 (Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010)	Landkreise	Kreisfreie Städte	Gemeinden/ Gemeindeverbände	Gesamt
Ausgaben Verwaltungshaushalt Einzelpläne 0 bis 8	1.857,6	1.045,7	1.431,6	4.334,9
Ausgaben Verwaltungshaushalt Einzelplan 9 (einschl. ordentlicher Tilgung anstatt Bruttozuführung zum Vermögenshaushalt)	90,7	78,9	860,8	1.030,4
Einnahmen Verwaltungshaushalt Einzelpläne 0 bis 8	780,7	338,6	660,7	1.780,0
Einnahmen Verwaltungshaushalt Einzelplan 9 (einschl. SGB II)	679,7	424,1	1.138,4	2.242,2
a) Finanzbedarf auf Basis der Ausgaben EP 0 bis 9	1.948,3	1.124,6	2.292,4	5.365,3
b) Finanzbedarf auf Basis der Ausgaben minus direkt zurechenbarer Einnahmen	1.167,6	786,0	1.631,7	3.585,3
c) Finanzbedarf auf Basis der Ausgaben minus direkt zurechenbarer Einnahmen und EP 9	487,9	361,9	493,3	1.343,1

5. **Wie groß ist der Kommunalisierungsgrad in Sachsen-Anhalt, wenn den gesamten in Sachsen-Anhalt getätigten Ausgaben (Landesebene zuzüglich kommunaler Ebene) die kommunalen Ausgaben gemäß der Abgrenzungen in den Fragen 4 a), 4 b) und 4 c) gegenübergestellt werden?**

Die Fragen 5 und 6 werden zusammengefasst beantwortet.

Eine Ermittlung des Kommunalisierungsgrades erfordert eine monetäre Bewertung des Aufgabenumfangs, die so nicht vorliegt und schon gar nicht in Form vereinheitlichter Länderdaten existiert. Daher wurden bisher keine eigenen Berechnungen zum Kommunalisierungsgrad angestellt.

Das Gutachten „Strategische Ausrichtung des Landeshaushalts von Sachsen-Anhalt“ von Prof. Dr. Ingolf Deubel vom November 2010 enthält Hinweise zum Kommunalisierungsgrad in Sachsen-Anhalt. Dabei kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, dass in Sachsen-Anhalt ein unterdurchschnittlicher Kommunalisierungsgrad (42,8 %) im Verhältnis zu den neuen Flächenländern (48,4 %) und den alten Flächenländern (51,5 %) besteht. Exemplarisch verweist das Gutachten auf die Bereiche Sozialhilfe und Kinderbetreuung. Eine Bewertung dieser Aussage des Gutachtens erfolgte bisher nicht.

- 6. Wie hoch ist der Kommunalisierungsgrad aus Frage 5 in anderen Bundesländern? Auf welcher Grundlage wurde er jeweils ermittelt? Wie beurteilt die Landesregierung den Kommunalisierungsgrad im bundesdeutschen Vergleich?**

Siehe Frage 5.

Einnahmen des Landes aus Steuern (netto) minus Zuweisungen nach dem FAG

Anlage 1

Jahre	Steuern netto	Länderfinanz- ausgleich	Allgemeine Bundes- ergänzungs- zuweisungen	SoBEZ Soidarpakt II	Kompensation Kfz-Steuer	Summe Einnahmen	Allgemeine Zuweisungen	Bedarfs- zuweisungen	Sonstige allgemeine Zuweisungen	Summe Zuweisungen	Summe Einnahmen minus Summe Zuweisungen
1995	4.449,8	579,2	250,2	1.128,9	0,0	6.408,1	1.929,6	16,5	47,0	1.993,1	4.415,0
1996	4.536,5	611,5	259,1	1.128,9	0,0	6.536,0	1.858,7	13,7	52,0	1.924,4	4.611,6
1997	4.439,5	642,3	253,5	1.128,9	0,0	6.464,2	1.683,7	5,2	95,3	1.784,2	4.680,0
1998	4.708,8	597,7	262,4	1.128,9	0,0	6.697,8	1.614,9	17,9	97,7	1.730,5	4.967,3
1999	4.781,1	649,7	279,7	1.128,9	0,0	6.839,4	1.576,7	9,4	100,7	1.686,8	5.152,6
2000	4.759,0	714,5	284,8	1.128,9	0,0	6.887,2	1.639,9	9,7	76,4	1.726,0	5.161,2
2001	4.707,2	718,3	268,5	1.128,9	0,0	6.822,9	1.587,5	9,4	85,6	1.682,5	5.140,4
2002	4.259,1	528,5	242,5	1.661,2	0,0	6.691,3	1.509,6	9,5	123,4	1.642,5	5.048,8
2003	4.205,5	488,2	242,9	1.661,2	0,0	6.597,8	1.368,9	7,5	118,2	1.494,6	5.103,2
2004	4.374,5	542,4	251,6	1.661,2	0,0	6.829,7	1.281,0	20,5	100,6	1.402,1	5.427,6
2005	4.239,7	563,5	223,3	1.657,1	0,0	6.683,6	1.228,9	9,4	80,0	1.318,3	5.365,3
2006	4.638,4	575,0	222,8	1.649,1	0,0	7.085,3	1.329,4	6,6	67,0	1.403,0	5.682,3
2007	5.037,6	644,2	253,4	1.633,0	1,8	7.570,0	1.459,7	46,9	61,9	1.568,5	6.001,5
2008	5.207,7	658,1	252,0	1.608,9	5,3	7.732,0	1.432,5	56,1	61,0	1.549,6	6.182,4
2009	4.895,9	546,2	208,8	1.496,2	123,3	7.270,4	1.432,2	47,1	65,5	1.544,8	5.725,6
2010	4.722,7	467,5	194,4	1.375,6	232,3	6.992,5	1.052,4	55,7	344,1	1.452,2	5.540,3
2011	4.616,6	517,0	215,0	1.263,0	232,3	6.843,9	1.066,4	60,0	332,5	1.458,9	5.385,0

in Mio. Euro, 1995 bis 2010 Istergebnisse, 2011 Haushaltsansätze ohne Nachtrag

Einnahmen der Kommunen aus Steuern und Zuweisungen nach dem FAG

Anlage 2

Jahre	Realsteuern netto	Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern	Andere Steuern	Summe Steuern netto	Allgemeine Zuweisungen	Bedarfszuweisungen	Sonstige allgemeine Zuweisungen	Summe Zuweisungen	Summe Steuern netto und Zuweisungen	Investitionszuweisungen
1995	279.186.580	392.415.857	10.157.837	681.760.274	1.929.635.632	16.463.775	46.952.987	1.993.052.394	2.674.812.668	618.263.095
1996	341.876.225	272.596.397	11.256.587	625.729.209	1.858.738.703	13.674.388	52.009.652	1.924.422.743	2.550.151.952	642.349.501
1997	437.665.069	261.828.025	11.824.306	711.317.400	1.683.690.959	5.211.776	95.321.549	1.784.224.284	2.495.541.684	824.241.928
1998	455.135.641	311.867.695	12.747.864	779.751.200	1.614.874.927	17.888.834	97.712.857	1.730.476.618	2.510.227.818	886.975.942
1999	459.058.064	370.642.373	13.285.576	842.986.013	1.576.674.687	9.385.625	100.703.245	1.686.763.557	2.529.749.570	780.196.522
2000	490.154.360	322.753.146	13.541.570	826.449.076	1.639.917.973	9.653.849	76.350.016	1.725.921.838	2.552.370.914	725.713.522
2001	458.123.883	320.591.402	13.413.813	792.129.098	1.587.451.300	9.409.605	85.582.326	1.682.443.231	2.474.572.329	692.434.854
2002	483.151.330	343.887.954	13.443.518	840.482.802	1.509.595.198	9.537.612	123.398.377	1.642.531.187	2.483.013.989	551.152.450
2003	474.976.264	330.986.009	13.790.672	819.752.945	1.368.919.172	7.451.420	118.218.119	1.494.588.711	2.314.341.656	571.834.710
2004	575.576.780	347.748.214	13.649.300	936.974.294	1.281.012.207	20.507.798	100.583.165	1.402.103.170	2.339.077.464	605.167.764
2005	670.218.494	347.941.387	13.351.787	1.031.511.668	1.228.883.217	9.390.511	79.999.571	1.318.273.299	2.349.784.967	569.145.710
2006	727.346.237	388.279.629	13.083.983	1.128.709.849	1.329.428.625	6.617.229	66.971.511	1.403.017.365	2.531.727.214	544.141.372
2007	736.155.804	381.167.405	11.703.700	1.129.026.909	1.459.747.825	46.924.109	61.871.213	1.568.543.147	2.697.570.056	524.971.855
2008	804.540.060	465.895.620	12.916.532	1.283.352.212	1.432.506.657	56.102.725	60.983.555	1.549.592.937	2.832.945.149	479.063.353
2009	684.079.656	432.457.904	13.189.480	1.129.727.040	1.432.224.742	47.059.845	65.523.969	1.544.808.556	2.674.535.596	533.475.383
2010	727.965.899	421.464.893	14.078.082	1.163.508.874	1.052.370.986	55.706.119	344.126.039	1.452.203.144	2.615.712.018	562.364.627
2011	561.000.000	460.000.000	12.000.000	1.163.508.874	1.066.428.700	60.000.000	332.489.400	1.458.918.100	2.622.426.974	128.041.000

1995 - 2009 Jahresrechnungstatistik, 2010 Ergebnisse aus der Kassenstatistik, 2011 Steuerschätzung Nov. 2011 und Haushaltsansätze FAG

Quelle: Statistisches Landesamt
Stand: 29. November 2011

Erläuterung zu Anlage 2
- Auszug aus dem Gliederungs- und Gruppierungserlass -

Realsteuern netto 000 + 001 + 003 - 810
000 Grundsteuer A: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe
001 Grundsteuer B: Sonstige Grundstücke
003 Gewerbesteuer
810 Gewerbesteuerumlage: nach dem Gemeindefinanzreformgesetz
Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern 010 + 011 + 012
010 Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommenssteuer
011 Ausgleichszahlungen für Steuerausfälle Zahlungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs
012 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
Andere Steuern 02
02 Vergnügungssteuer für die Vorführung von Bildstreifen, Sonstige Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Getränkesteuer, Jagdsteuer, Zweitwohnungssteuer, Sonstige Steuern
Summe Steuern netto 000 + 001 + 003 - 810 + 010 + 011 + 012 + 02
Allgemeine Zuweisungen vom Land 041
041 Allgemeine Zuweisungen vom Land: - bisherige Schlüsselzuweisung, - Zuweisungen zur Minderung der Belastungen durch Sozialhilfe und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, - bisherige personenbezogene Kostenerstattung nach Pauschalsätzen des Aufnahmegesetzes; Besondere Ergänzungszuweisung Grundsicherung für Arbeitssuchende; Besondere Ergänzungszuweisung Sozialhilfe; Besondere Ergänzungszuweisung Jugendhilfe; Straßenbaulast; Grundzentren
Bedarfszuweisungen vom Land 051
051 Bedarfszuweisung vom Land: Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock gem. § 17 FAG wegen einer außergewöhnlichen Belastung oder besonderen Härte
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land 061
061 Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land: Straßenbaulastzuweisungen (bis 2009), Jugendpauschale (bis 2009), Schülerbeförderungskosten, Mitfinanzierung Kinder- und Jugendhilfe (Jugendpauschale einschl. Feststellungsprogramm, Mitfinanzierung der Aufgaben nach §§ 11 bis 14 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes); Nichtinvestive Haushaltsmittel für den Freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden; Auftragskostenerstattung; Zuweisungen für kommunale Zusammenschlüsse, soweit nicht allgemeine Zuweisungen
Summe Zuweisungen 041 + 051 + 061
Investitionszuweisungen vom Land 361
361 Zuweisungen für Investitionen vom Land: -Investitionszuweisungen nach § 14 FAG, -Investitionszuweisungen nach § 11 a FAG Ausnahme: Der § 11 a Absatz 2 erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen ein Abweichen zum Verwaltungshaushalt: Veranschlagung wie bisher unter Abschnitt 90, Gruppierungs-Nummer 061 Straßenbaulastzuweisungen (bis 2009); Ausgleich der Mehrkosten für Investitionen; Investive Haushaltsmittel für den Freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden; einmalige Zuweisung zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur; Zuweisungen für Mehrkosten für erforderliche Investitionen, z. B. Kosten gemäß § 17 Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren; Kommunale Investitionspauschale im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes; Investitionspauschale gemäß § 16 FAG (für Gemeinde)